Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6448

14. 02. 90

Sachgebiet 751

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Antwort der Bundesregierung
— Drucksache 11/5425 (neu) —

auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Daniels (Regensburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/4561 —

Kernfusion

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Energieerzeugung und -nutzung muß angesichts der weltweiten Umweltprobleme, der notwendigen Sicherheit der Energieerzeugung und der Notwendigkeit, die Proliferation von Atomwaffen zu minimieren, von folgenden Zielen bestimmt werden:
   - Verminderung der Umweltbelastungen und Beseitigung der atomaren Risiken,
   - Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Energieeinsparung,
   - Ausschöpfung aller Möglichkeiten der rationellen Energieverwendung,
   - verstärkte Erforschung, Entwicklung und Markteinführung aller regenerativen Energieträger sowie
   - zum Ausstieg aus der nuklearen Energieerzeugung beizutragen.

2. Die Erzeugung von Energie durch die kontrollierte Kernfusion ist weltweit Gegenstand erheblicher Forschungsanstrengungen, insbesondere auch im europäischen Rahmen.

   In der Bundesrepublik Deutschland werden für diesen Zweck jährlich zur Zeit rund 200 bis 250 Mio. DM hauptsächlich auf den Gebieten Supraleitung, Materialforschung, Hochfrequenztechnik, Plasmaphysik und Systemtechnik aufgewandt.

   Die Technologieentwicklung ist zur Zeit nicht so weit fortgeschritten, als daß verläßliche Aussagen über die Fragen

- des Fusionsprozesses (Deuterium-Fusion oder Deuterium-Tritium-Fusion mit Auswirkungen auf die radiologische Sicherheit),
- der benötigten Materialien (mehr oder weniger kontaminierte Strukturen mit Auswirkung auf die Entsorgung),
- der Kosten (abhängig von der notwendigen radiologischen Sicherheit),
- der Wirtschaftlichkeit sowie
- der Risiken

gemacht werden könnten.

Gleichzeitig ist zu beobachten, daß die von den Fusionsforschern in aller Welt genannten Termine für einen funktionstüchtigen Prototyp-Reaktor immer weiter in die Zukunft rücken. Die Experten rechnen zur Zeit mit einer möglichen Energieerzeugung aus einem Fusionsreaktor nicht vor Mitte des nächsten Jahrhunderts.

Es wächst deshalb die Skepsis, ob die für diese Zwecke aufgewandten Mittel noch jahrzehntelang gerechtfertigt sind und nicht besser für andere Energieerzeugungsarten aufgewandt werden sollten.

3. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag unverzüglich einen Bericht vorzulegen, anhand dessen der Deutsche Bundestag eine Entscheidung über die Weiterführung oder über den Abbruch der Fusionsforschung treffen kann.

   In diesem Bericht sollen insbesondere

   - der international erreichte Stand der Forschung und ihre weiteren Perspektiven in Verbindung mit den geplanten Projekten NET oder ITER und die Erfahrungen, Wertungen und weiteren Absichten der anderen beteiligten Staaten,
   - die Chancen und Risiken der Fusionstechnologie insbesondere in Fragen der Ökologie, der technischen Sicherheit und der Entsorgung,
   - die Frage der Wirtschaftlichkeit der Kernfusion,
   - der finanzielle Aufwand für die Fusionsforschung in den nächsten 20 Jahren für die Bundesrepublik Deutschland und die EG bei einer Realisierung der NET/ITER-Planung,
   - Ergebnisse von Studien zur Wirkungsforschung und Technikfolgenabschätzung bei der Kernfusion, die in der Bundesrepublik Deutschland und der EG durchgeführt worden sind,
   - alternative Strategien auf dem Gebiet der Energieforschung und ihre Auswirkungen auf die Zukunft der heute in der Fusionsforschung tätigen Großforschungseinrichtungen KfA, KFK und das Institut für Plasmaphysik in Garching

   dargestellt werden.

Bonn, den 13. Februar 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333